

## Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zum Europäischen Rat am 23. und 24. Juni 2022 in Brüssel, zum G7-Gipfel vom 26. bis 28. Juni 2022 in Elmau und zum NATO-Gipfeltreffen vom 28. bis 30. Juni 2022 in Madrid**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Union (EU) befindet sich infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der die gesamte internationale Ordnung in ihren Grundfesten erschüttert, an einem Scheidepunkt historischen Ausmaßes. Es liegt nun an der EU, zu beweisen, dass sie in der Lage ist, ihre Werte zu verteidigen und ihre eigenen geopolitischen Interessen durchzusetzen.

Durch sein völkerrechtswidriges Handeln versucht Russland, die Welt in neue Einflussphären aufzuteilen. Der Krieg gegen die Ukraine gefährdet das Stabilitäts- und Friedensinteresse der EU in erheblichem Maße. Die Welt des freien Handels, des freien Energieflusses und der Abrüstung droht damit zum Ende zu kommen. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden absehbar neue Handels- und Sicherheitszonen auf der Welt entstehen. Angesichts dieser tektonischen geopolitischen Verschiebungen muss die Europäische Union in der Lage sein, selbständig zu agieren. Während für die EU der Fokus in den vergangenen Jahren eher auf einer Vertiefung des Binnenmarktes lag, muss er zukünftig zusätzlich stärker in der Ausweitung und Sicherung der geopolitischen Einflussphären liegen. Wir wollen – fest an der Seite unserer amerikanischen Freunde – eine Freihandels- und Sicherheitszone mit den Demokratien der Welt aufbauen. Dabei muss sich die EU getreu dem Motto „bigger in big things and smaller in small things“ vor allem um die großen Fragen der Außen-, Sicherheits- und Infrastrukturpolitik, der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie der Versorgungssicherheit kümmern.

Dabei ist für uns klar, dass die Europäische Union potenziellen Beitrittskandidaten auch realistische Beitrittsperspektiven anbieten muss. Dazu gehört die Erkenntnis, dass Beitrittsverhandlungen für eine Vollmitgliedschaft viele Jahre oder sogar Jahrzehnte dauern können. Deshalb gilt es jetzt, auf europäischer Ebene schnell Partnerschaftsperspektiven zum Friedensprojekt Europäische Union auch unterhalb der Vollmitgliedschaft zu schaffen, ohne die notwendige innere Konsolidierung und Reform der Europäischen Union zu vernachlässigen. Die jüngsten Erweiterungsrounden der EU und der Umgang mit den unterschiedlichen Krisen des vergangenen Jahrzehnts haben gezeigt, dass die EU an die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit gestoßen ist und

die Strukturen der EU nicht mehr den aktuellen und künftigen Anforderungen entsprechen.

Allen souveränen Staaten auf dem europäischen Kontinent steht es frei, einen EU-Beitritt anzustreben. Angesichts der aktuellen geopolitischen Verschiebungen und des russischen Angriffskrieges streben die Ukraine, aber auch die Republik Moldau und Georgien, mit noch größerer Entschlossenheit und Dringlichkeit Richtung EU. Es ist im strategischen Interesse der EU, diese Staaten engstens an Europa und unsere gemeinsame Werteordnung zu binden. Denn klar ist auch: Scheitert eine Anbindung an die EU, droht eine ganze Region in den russischen Einflussbereich zu fallen. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Stabilität Europas.

Es gilt daher jetzt, den drei Ländern zeitnah den EU-Kandidatenstatus zu verleihen. Dabei muss auch die Eröffnung der ersten Beitrittskapitel in Aussicht gestellt werden. Auf dem Weg in Richtung EU müssen die Kopenhagener Beitrittskriterien vollumfänglich erfüllt werden. Das Beitrittsverfahren ist in den Verträgen der EU klar geregelt und es hat sich bewährt. Eine Verkürzung ist weder im Interesse der Ukraine noch der Europäischen Union. Wir wollen die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau aber dabei unterstützen, die Beitrittskriterien zu erfüllen. Denn es ist in unserem Interesse, dass diese Staaten langfristig zu Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, gefestigten demokratischen Strukturen und Wohlstand gelangen.

Die Erfahrungen auf dem Westlichen Balkan zeigen aber auch, dass ein langwieriger Beitrittsprozess Enttäuschungen in der Bevölkerung hervorrufen kann. Wichtige Verhandlungsfortschritte bleiben für Bürgerinnen und Bürger über viele Jahre hinweg zu wenig greifbar – bis zum Zeitpunkt der Vollmitgliedschaft. Um die Anbindung an die EU schon möglichst frühzeitig mit greifbaren Ergebnissen zu untermauern, sollte daher ein neues Modell erwogen werden. Dieses Modell könnte allen demokratischen Ländern Europas offenstehen, die sich dem gemeinsamen europäischen Wertefundament verbunden fühlen und könnte einen neuen Raum der politischen Zusammenarbeit eröffnen – von der Sicherheit über Energie, Klimaschutz, Verkehr bis hin zur Forschung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass der Ukraine und der Republik Moldau eine Beitrittsperspektive zur Europäischen Union eröffnet und diesen Ländern auf dem Europäischen Rat am 23. und 24. Juni 2022 der Kandidatenstatus zugesprochen wird;
2. sich im Rahmen der Verhandlungs- und Beitrittsprozesse dieser Länder dafür einzusetzen, dass unterhalb der Vollmitgliedschaft ein neues Modell Möglichkeiten der Teilnahme an gemeinsamen Programmen wie zum Beispiel in der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie in den Bereichen Forschung, Energie, Verkehr oder Klimaschutz eröffnet;
3. von den Kandidatenländern weiterhin konsequent die Erfüllung der Kriterien zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit und dabei insbesondere eine verstärkte Korruptionsbekämpfung einzufordern;
4. schon mit Verleihung des Kandidatenstatus die Übernahme und Umsetzung der Beschlüsse der EU zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einzufordern;
5. darauf hinzuwirken, dass weitere Reformschritte innerhalb der EU sie mittel- und langfristig dazu befähigen, aufnahmefähig, resilient, wirtschaftlich erfolgreich und finanziell solide zu bleiben; dadurch wird nicht nur die Aufnahmefähigkeit verbessert, sondern ein entscheidender Beitrag zur Stärkung der Resilienz der EU geleistet;

6. sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass der Ukraine ein Versprechen gegeben wird, das über kurzfristige Betroffenheit und Symbolgesten hinausgeht: Es liegt auch in unserer Verantwortung und in unserem Interesse, die Ukraine nach Beendigung des Krieges beim Wiederaufbau des Landes zu unterstützen. Um dieses Versprechen ehrlich geben zu können, ist es unerlässlich, die Ukraine als das zu benennen, was sie in Zukunft sein soll: Ein unabhängiger, freier, europäischer Staat.

Berlin, den 21. Juni 2022

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**

